

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 66 (1972)  
**Heft:** 11

**Artikel:** Wie man der Bodenspekulation begegnen kann  
**Autor:** Kobe, Willi  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-142093>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 15.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Dritten Welt der Widerstand gegen das korrupte Herrschaftssystem des Imperialismus regt. Es ist vor allem China, das bei den ehemaligen Kolonialvölkern Aufsehen erregt. China, ein Land, das, trotz seiner Armut innerhalb von zwanzig Jahren, und zum ersten Mal in der Geschichte, die Massen seines Bauernvolkes vom Hunger befreit hat, wie von der Furcht, im Alter überflüssig zu werden. Hier ist eine des Namens würdige Regierung, die ihren Leuten Nahrung, Kleidung, ein Dach über dem Kopf und dazu Erziehung und einen guten Gesundheitsdienst verschaffte. Was in der Welt darüber bekannt wird — und Felix Greenes Schriften haben mächtig dazu beigetragen —, ist der stärkste Antrieb im Kampf gegen den Imperialismus. Red.

## Wie man der Bodenspekulation begegnen kann

Der Boden ist kein Gut, das in unendlicher Menge vorhanden ist und das man der Willkür der Menschen überlassen darf. Er ist eine Gabe der Natur an den Menschen, ihm zur weisen Nutzung geschenkt. Weh ihm, wenn er ihn seiner Raub- und Besitzesgier unterwirft. Wie bald ist er dann der Erosion oder Versteppung für lange oder für immer ausgeliefert, was wir von der neuen Wissenschaft der Ökologie gelernt haben sollten. Oder er wird so teuer, daß die auf ihm angebauten Produkte zu Preisen angeboten werden müssen, welche Weltmarktpreise weit übersteigen, was zu handelstechnischen oder gesetzgeberischen Handlungen drängt, die entweder die Völker der Dritten Welt oder bestimmte Kreise des eigenen Volkes schädigen, oder beide zugleich. Weil der Boden zu gewissen Zwecken erst recht nur in beschränktem Maße zur Verfügung steht, ist er durch ein kapitalistisch spekulatives Denken nur zu einer Ware erniedrigt und dem Gesetze des Angebotes und der Nachfrage unterworfen worden, dadurch aber auch der Frage nach der Notwendigkeit seiner sozialen Nutzung, etwa zur Erstellung von Wohnungen für die zahlreicher gewordene Menschheit, entzogen worden. Welche sozialen Mißstände dadurch in der menschlichen Gesellschaft hervorgerufen werden, schreien heute tagtäglich die Spatzen von den Dächern. Sie spiegeln sich in den Kriminalstatistiken, den Berichten der Nervenärzte und im Gehaben der aus Rand und Band geratenen heutigen Jugend wieder.

Jedermann, der über sich und seine Umwelt noch etwas nachdenkt, erkennt, daß es dringend nötig geworden ist, heute, und nicht erst mor-

gen, etwas Entscheidendes zu unternehmen, damit der Boden dem alleinigen Besitzrecht und damit auch Verfügungsrecht des Einzelnen, sei es eine Person oder eine Gesellschaft, entzogen wird und damit bei allen Entscheidungen über den Boden die Interessen der jetzigen und künftigen gesamten Volksgemeinschaft den unbedingten Vorrang haben.

In den kapitalistischen Ländern, welche meistens «demokratisch» organisiert sind, ist solches nur auf gesetzlichem Wege, unter Zustimmung der Mehrheit der stimmberechtigten Bürger möglich. Grundsätzlich gesehen würde demnach eine entsprechende Gesetzgebung allein durch einen Gesinnungswandel in der Mehrheit der Bevölkerung möglich werden. Deshalb wäre eine wirklich durchgreifende Bodenreform nur durch eine Aufklärungs- und Erziehungsaktion innerhalb eines Volkes möglich. Diese brauchte, bei den heute vorhandenen Massenmedien, nicht Jahrzehnte zu dauern, sondern könnte in zwei bis drei Jahren den gewünschten Erfolg bringen, wenn nur der Öffentlichkeit bekannte Einzelne, die politischen Parteien und die Regierungen eine entsprechende Reform wirklich wollten und die Kirchen und die Konsumentenorganisationen sich tatkräftig für sie einsetzten.

Leichter sind solche, dem Gemeinwohl dienende Reformen in diktatorisch regierten Ländern zu erreichen, auch wenn sich diese am Rande der kapitalistisch-«demokratisch» organisierten Länder befinden. Da braucht es allein die Einsicht der Machthaber — mag sie dann auch äußerlich dem Prestige der regierenden Partei-, Offiziers- oder Regierungsgruppe zugutekommen — damit dem Bodenwucher entscheidend entgegengetreten werden kann.

Ein Beispiel hierfür liefern die Offiziere der revolutionären Regierung von Peru. Dort haben sie für die Landschaft ein Bodenreformprogramm ausgearbeitet, das anbaufähigen, aber durch seine Besitzer un bebaut gelassenen Boden nationalisiert und Einzelbauern oder ihren Genossenschaften übergibt und so der Unfruchtbarkeit oder der Spekulation entzieht. Dabei steht dieses Programm nicht nur auf dem Papier, sondern es wird systematisch ausgeführt, wie gelegentliche Presseberichte dies erkennen lassen.

Seit dem 25. April 1972 gilt dort ein Gesetz, das auch der Bodenspekulation in der Stadt begegnet, eine Maßnahme, die nicht nur in Peru dringend notwendig wurde, sondern welche auch in Europa eine seit Jahrzehnten dringend gewordene Frage einer der Volksgemeinschaft dienlichen Lösung näherbringen könnte. In Peru ist diesem Notstand — gegenüber dem nur Lamentieren von Volks-, Parteien- und Regierungsseite her, wie dies auch in der Schweiz der Fall ist — dadurch ein vorläufiges Ende gesetzt, daß eine Steuer von un bebautem Boden erhoben wird, wenn er Einzelpersonen oder Gesellschaften gehört, die mehr als ein zusammenhängendes Stück Boden besitzen. Die Besteue-

rung wird umso schärfer in dem Maße, als der Eigentümer über weitere Parzellen verfügt und weitere Jahre unbebaut in seinem Besitze läßt; sie verdoppelt sich für jedes Jahr, in welchem es unbebaut bleibt. Diese Steigerung der Steuer steigt so rasch an, daß nach fünf bis sechs Jahren soviel für ein solches Stück Land an Steuern bezahlt werden muß, daß sie mehr als den Marktwert des Bodens ausmachen. Von dieser Steuer sind nur diejenigen Bodenbesitzer befreit, die ihr Land innerhalb von fünf Jahren der Überbauung entgegenführen und zugleich garantieren, daß sie das ganze Besitztum mit Bauten zu niedrigem Mietzins überbauen werden. Durch dieses Gesetz wird es für einen Spekulanten unrentabel brachliegendes Land länger in diesem Zustand zu belassen. Zugleich wird dadurch die Regierungspolitik unterstützt, welche darauf aus ist, den Wohnungsbau zu fördern aufgrund von niedrigen Landpreisen.

Daß sich diese Steuerpolitik der Regierung günstig für den Wohnungsmarkt, aber zugleich auch zur Tiefhaltung der Mieten, auswirkt, wird gewiß dadurch belegt, daß 1971 80 000 Häuser gebaut wurden gegenüber 17 000 im Jahre 1970. Der Plan für 1972 sieht vor, daß 87 200 Wohneinheiten gebaut werden sollen, unter welchen alleinstehende Häuser, Häuser mit Eigentumswohnungen, Reihenhäuser mit jeweiligen gemeinsamen Eingängen und solche, die aus leichtem Baumaterial gebaut werden, zu verstehen sind.

Wenn dies in diktatorisch regierten Ländern an dem Volkswohldienendem durchgeführt wird, könnte solches nicht in entsprechender Weise auch in «demokratisch» regierten Ländern möglich werden? Wenn nicht, dann ist diese politische Organisationsform für die heutige Massengesellschaft nicht mehr dienlich und sie muß unumgänglich und baldigst, gemäß den Erfordernissen unserer heutigen und der kommenden Zeit, reformiert werden. Der gewohnte einheitliche politische Apparat ist zu schwerfällig für unsere Massengesellschaft und zu langsam für unsere raschlebende Zeit geworden. Die Machtverhältnisse müssen geteilt werden. Neben der unabhängigen richterlichen Behörde hat eine Dreiteilung der gesellschaftlichen Organisation zu erfolgen. Einmal die politische Behörde, welche die Rechtsordnung der gesamten gesellschaftlichen Organisation, aufgrund parlamentarischer Beschlüsse, leitet und kontrolliert. Dann die wirtschaftliche Behörde, welche durch ein Parlament, in dem alle im Wirtschaftsleben mitwirkenden Gruppen vertreten sind, und eine entsprechende Ausführungsbehörde das Wirtschaftsleben der Gesellschaft sachgemäß ordnet. Schließlich die Kulturbehörde, welche durch ihr Parlament, das aus Vertretern aller kulturellen Bestrebungen der Gesellschaft zusammengesetzt ist und das eine entsprechende ausführende Behörde bestellt, welche das gesamte kulturelle Leben der Gesellschaft ordnet, zu welchem etwa das gesamte Bildungswesen, die



wissenschaftliche Forschung und Lehrtätigkeit, das Kunstleben, die Verwendung der Freizeit, das religiöse Anliegen der Gesellschaft umfaßt. Die entsprechenden Parlamente würden durch direkte Volkswahl bestellt.

An der Klagemauer der Presse stehen oder Aus-dem-Fensterreden im Parlament, und nur im Chor der vielstimmigen Äußerungen des menschlichen Lebens die heutigen Wirren der gesetzlichen, wirtschaftlichen und sozialen Mißstände beklagen, hilft nichts. Man muß sich etwas einfallen lassen und dann tatkräftig ans Werk gehen, wie dies auf ihre Weise die Regierung Perus getan hat. Dann wird auch das Interesse und die Teilnahme an der «Politik», besonders bei der Jugend, wieder wachsen und ein Geist der Hoffnung wird das Volk beleben. Willi Kobe

## Gesundheits- und Familienplanungs-Dienst in der Volksrepublik China

Eine Studie über dieses Thema, verfaßt im Auftrag des «Population Council, New York», ist geeignet, der Ungewißheit über die Einstellung Chinas zum Geburtenbeschränkungsproblem ein Ende zu setzen. Der «Population Council» ist eine amerikanische gemeinnützige Organisation, die sich mit der globalen Erforschung und Verbreitung der Familienplanung befaßt. Unter den Analysen, die von zwei medizinischen Fachleuten im Frühjahr 1972 im asiatischen Raum durchgeführt wurden, möchten wir, mindestens auszugsweise, wiedergeben, was die beiden Gewährsmänner, ein Professor für Geburtshilfe aus Santiago und ein Gynäkologe aus Helsinki, über die Verhältnisse in China feststellen, wo sie auf Einladung der chinesischen Ärztesgesellschaft im März dieses Jahres gute Möglichkeiten hatten, Spitäler, Universitätskliniken, aber auch den Gesundheitsdienst in ländlichen Kommunen, Erste-Hilfe-Stationen in Fabriken usw. kennen zu lernen. Red.

Seit einigen Jahren wird auch vom Westen zur Kenntnis genommen, daß die Bemühungen der chinesischen Regierung, den Gesundheitszustand der Nation zu heben, durchschlagenden Erfolg hatten. In einem Land, wo früher immer wieder Millionen Menschen dem Hunger zum Opfer fielen und Unterernährung für die Mehrheit der Bevölkerung ein Dauerzustand war, hat eine genügende Ernährung, wie sie durch die planmäßige Förderung der Landwirtschaft gesichert wurde, Wunder gewirkt. Zum Aufbau der Ernährungsgrundlage trugen bei die Ausdehnung des bebaubaren Landes, die Bewässerung der Felder wie auch die Eindämmung von Flüssen und die Terrassierung von Abhängen. Die Einfuhr oder Züchtung ertragreicherer Saatgutes, bessere Dünger und die Schädlingsbekämpfung brachten seit etwa 1962 immer größere Ernten. Die Mechanisierung der Landwirtschaft machte nur langsame